



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Thomas Holz, Jenny Schack, Andreas Schalk, Martin Stock, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/2101, 19/2630

Demokratie erhalten und schützen! Respekt vor allen Amts- und Mandatsträger und politisch engagierten Menschen!

Der Landtag verurteilt die jüngsten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger und politisch engagierte Menschen, die sich für eine gelebte Demokratie in Deutschland einsetzen und dafür höchste Anerkennung, Respekt und Schutz verdienen, auf das Schärfste. Er unterstützt hierbei den breiten gesellschaftlich getragenen Konsens zur Friedlichkeit im Ringen um politische Lösungen. Der Landtag unterstützt ausdrücklich den Beschluss der Sondersitzung der Innenministerkonferenz am 07.05.2024.

Der Landtag stellt fest, dass Bayern beim Schutz von Amts- und Mandatsträgern – nicht zuletzt aufgrund des seit 2020 fortwährend entwickelten ressortübergreifenden Maßnahmenkonzeptes – einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Phänomens legt und die Sicherheitsbehörden mit allen rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen gegen diese Kriminalitätsform vorgehen. In Bayern werden Angriffe auf Amts- und Mandatsträger und politisch engagierte Menschen – gleich welcher politischen Überzeugung diese sind – weder akzeptiert noch geduldet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über das Maßnahmenkonzept der Staatsregierung zum Schutz von Amts- und Mandatsträgern und über das Straftatenaufkommen im Zusammenhang mit der Europawahl 2024 schriftlich zu berichten.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert zu prüfen, ob und ggf. wie dieses Schutzkonzept konsequent weiterentwickelt werden kann, um Schutzmaßnahmen an die weitere Lageentwicklung flexibel anpassen zu können.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident